

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung des Blattes mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis des Blattes monatlich 5 Mk., durch unsere Vertreter zufragen in der Stadt monatlich 5,50 Mk., auf dem Lande 6,00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 17,25 Mk. inkl. Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbelegungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Drucker kann Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Erscheint seit

dem Jahre 1841

Intensionspreis 1,50 Mk. für die 6 getragene Korrespondenz oder deren Raum, Anzeigen, die 2 spaltige Korrespondenz 3,00 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getragene Korrespondenz 4,50 Mk. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nachweise der durch Journal übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachweisungsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Reue tritt.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 265

Sonnabend den 12. November 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

3. Rate der Reichseinkommensteuer

ist bis zum 15. d. M. an die hiesige Stadtsteuerklasse zu bezahlen. Nicht rechtzeitig entrichtete Steuerzahlungen sind mit 5 v. H. zu verzinsen.

Wilsdruff, am 10. November 1921.

Der Stadtrat.

Lichtgeld

ist bis zum 11. November zu bezahlen, ab 12. November erfolgt kostenpflichtige Mahnung.

Wilsdruff, am 11. November 1921.

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Gütertarife auf den Reichseisenbahnen sollen vom 1. Dezember d. J. ab um 50 Prozent erhöht werden.
- * Der Dollar liegt an der Berliner Donnerstagsbörse wieder auf 272 Mark.
- * Die Rheinlandkommission hat den neuen Ausfuhr-Abgabentarif anerkannt. Die neue erhöhte Ausfuhr-Abgabe wird auch bei der Ausfuhr vom besetzten Gebiet ins Ausland erhoben.
- * Die Pariser Botschafterkonferenz hat den Vertrag über die Festsetzung der albanischen Grenze unterzeichnet, dies den beteiligten Regierungen mitgeteilt und die Serben aufgefordert, den Botschafter gegen Albanien einzusetzen.
- * Die ungarische Regierung hat der Botschafterkonferenz in Paris mitgeteilt und erklärt, daß sie sich den Beschlüssen über die Absetzung der Habsburger unterwirft.

Stundung oder Vorschub?

Die führenden Mitglieder der Reparationskommission aus Paris, mit Unterführern und Begleitpersonal dreißig Mann hoch, wollen in der deutschen Reichshauptstadt, begleitet und umschützt von einer ungeheuren Fülle von Gerüchten, Ankündigungen und Redungen, die ihr die allerberühmtesten Absichten zuschreiben.

Wald heißt es, sie wollten von der deutschen Regierung erhebliche Vorschüsse auf die nächste am 15. Januar 1922 fällige Rate unserer Entschädigungszahlungen fordern, bald wieder, sie wollten prüfen, ob einer deutschen Anregung um Stundung dieser Zahlungsverpflichtung entsprechen werden könne. Bald wieder werden diese beiden angeblichen Pläne bergesamt miteinander in Verbindung gebracht, daß gesagt wird, die Stundung solle eintreten, aber nur gegen eine vorschubweise Erlegung von vier Fünfteln der Januarrate schon in den Monaten November und Dezember. Angeblich trägt den Westmächten eine Bitte der deutschen Regierung vor, die Leistungsfähigkeit Deutschlands, der nach dem sogenannten „Gareparagraphe“ des Versailler Vertrages die jeweiligen Einzel-Forderungen der Entente angepaßt werden sollen, schon jetzt, kaum ein Jahr nach Beginn der Erfüllungspolitik, einer Nachprüfung zu unterziehen, weil der Verlust von Oberschlesien und die in dieser Höhe niemals vorausgesehene Entwertung der Reichsmark unsere finanzielle Lage von Grund aus verschlechtert habe. Ja noch mehr, es wird behauptet, die deutsche Regierung wäre wegen Aufhebung des Vorrates der Mittelwerte auf sämtliche Einnahmen und Bestände des Reiches vorstellig geworden, vermutlich wegen der Unmöglichkeit, bei Fortdauer dieser Reichslosigkeit noch irgendwie im Ausland einen nennenswerten Kredit aufzunehmen. Um die Unterlagen aller dieser Anträge oder Vorstellungen zu prüfen, soll die Reparationskommission in Berlin eingetroffen sein, um sich hier nun selbstverständlich um den Stand der deutschen Finanzen, um die wahre Beschaffenheit unserer Wirtschaft, um die Einzelheiten der staatlichen Einnahme- und Ausgabe-politik, um die Tätigkeit unserer führenden Banken und Industrieunternehmungen auf das gründlichste zu bestimmen — immer mit der Möglichkeit im Hintergrunde, durch Aufstellung von Forderungen auf jedem dieser Gebiete bestimmenden Einfluß auf die Leistungen und auf die Kreditfähigkeit des Reiches zu nehmen. Dabei würde also, auf deutsch gesprochen, eine regelrechte Finanzkontrolle durch die Entente herauskommen, und es könnte sich schließlich nur noch um die eine Frage handeln, ob mit ihrer Hilfe die bössartigen, auf unsere Vernichtung gerichteten Hintergedanken Frankreichs oder die gewiß nicht weniger radikalen, aber doch wohl sachlicheren Absichten Englands verwirklicht werden sollen.

Von Paris aus wird die ganze Aktion, die sich jetzt in Berlin vorbereiten oder gar schon abspielen soll, von vornherein mit den üblichen Mitteln demagogischer Verdächtigung vergiftet. Dazu dient in erster Linie die Behauptung, Deutschland treibe absichtlich Verschwendungspolitik im Innern und rüdiere darüber hinaus wissenschaftlich und willentlich seine eigene Währung, um so den Anschein der Zahlungsunfähigkeit zu erwecken, und, obwohl ein bewährter Bankrottierer, so doch mit unschuldiger Miene vor seine auswärtigen Gläubiger hintreten zu können. Aber Frankreich dürfe sich durch Manöver dieser Art nicht ins Bosshorn jagen lassen, habe es doch deutsche Pfänder in festen Händen und brauche nur nach weiteren Garantien zu greifen, um jedes Räntenspiel ganz und gar unschädlich zu machen.

Ob freilich diese Auffassung auch von anderen Mächten geteilt wird, bereitet den Herren in Paris noch einige Sorgen. Zur Not aber glauben sie, darin ihre Sicherheit finden zu können, daß die Reparationskommission nur einstimmig Beschlüsse fassen dürfe, die auf eine

Änderung des Versailler Vertrages oder des Londoner Ultimatum hinausgehen. Man weiß, daß Herr Briand durch Berufung auf diese notwendige Einstimmigkeit in der Oberschlesischen Frage schließlich seinen brutalen Willen durchgesetzt hat. In der Frage der Reparationen wird er es, was an ihm liegt, an Unbedenklichkeit im Auftreten gegenüber seiner jetzigen und früheren Verbündeten gewiß auch nicht fehlen lassen. Ob die Tatsache, daß diese Dinge jetzt nicht nur in Berlin, sondern in weitigen Zonen auch schon in Washington angeschnitten werden sollen, ihm sein Spiel eher noch erleichtern als erschweren wird, steht dahin. Wir haben allen Grund, den kommenden Entscheidungen besorgt entgegenzusehen.

Wird ein Moratorium für Deutschland geplant?

Das Pariser „Journal“ läßt sich aus Berlin berichten, daß in gewissen englischen Finanzkreisen in Berlin, denen der englische Botschafter Lord Aberdeen nicht fernsteht, ein Projekt der deutschen Regierung für die Reparationszahlungen erwogen werde. Es würde sich darum handeln, Deutschland gegen gewisse Garantien ein wirkliches Moratorium, einen Zahlungsausschub, auf mehrere Jahre zu gewähren, während welcher Deutschland keine Reparationszahlungen zu leisten hätte. Die Verwirklichung dieses Projektes bedeute nach der Ansicht des „Journal“ nicht nur eine Abdankung der Reparationspolitik Frankreichs, sondern sie könnte für Frankreich auch politische Folgen haben. Bei der Gewährung von Zahlungsausschüben werde Frankreich nicht mitmachen. Der Mitarbeiter des „Journal“ in Berlin fordert als Garantie Wälder, Bergwerke und Flüsse.

Der „Regenbogen“.

Lloyd George sieht eine bessere Zukunft.

Bei der Feier, die in London zur Einweihung des neuen Oberbürgermeisters stattfand, hielt Lloyd George eine Rede, in der er folgende von Hoffnung und Zuversicht erfüllten Wendungen gebrauchte:

Obwohl der Himmel noch trübe ist, glaube ich, daß das Schlimmste der wirtschaftlichen Krise vorüber ist und eine Besserung kommt. Die Geschäftssäfte, die plötzlich nach dem Kriege alle Länder ergriff, ist im Schwindeln begriffen. Die Grundlagen des Kreditwesens Großbritanniens blieben fest und unerschüttert. Wir stützten uns niemals in die törichte Inflationspolitik, aber selbst diejenigen, welche dies taten, werden darüber hinwegkommen, weil der Wohlstand eines arbeitssamen Volkes immer am Leben bleiben wird. Die britische Ausfuhr im Oktober war die beste seit März. An dem trüben Himmel erscheint die Washingtoner Konferenz wie ein Regenbogen. Sie kam nicht zu früh; denn kaum waren wir aus den europäischen Wirren und Streitigkeiten heraus, als die Länder neue Kriegsmaschinen anzuhäufen begannen, die hundertmal zerstörerischer sein werden. Die Abrüstung ist der einzige Weg zur Sicherheit. Auf der Washingtoner Konferenz handelt es sich um die Zukunft der Zivilisation, deshalb bete ich für ihren Erfolg.

„Vete und arbeite!“ sagt das Sprichwort, und gerade Lloyd George, von dem man schon so manche schöne Prophezeiung und Zusage gehört hat, ohne daß dann (man denke an das „fair play“) die Tat folgte, sollte über dem Veten das Arbeiten nicht vergessen. Er wäre, wenn er nur wollte, ganz der geeignete Mann, nun selbst durch eigene Arbeit dazu zu helfen, daß seine Gebete in Erfüllung gehen.

Erhöhung der Gütertarife um 50 %.

Mit Wirkung vom 1. Dezember ab.

Der Fehlbetrag im ordentlichen Haushaltsplan der Reichsbahnen für 1921 wurde mit 6,6 Milliarden Mark berechnet. Inzwischen hatten sich die Ausgaben wegen der Gehaltserhöhungen im August und Oktober und infolge der starken Steigerung der Materialpreise um 10,5 Milliarden erhöht. Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden aus der Erhöhung der Gütertarife zum 1. November und der zum 1. Dezember bevorstehenden Erhöhung der Personentarife gegenüber. Der voraussichtliche Fehlbetrag würde sich damit um 7,8 Milliarden oder von 6,5 auf 14,3 Milliarden erhöhen.

Der Reichsverkehrsminister hat deshalb eine Tarifierhöhung im Güter- und Personenverkehr um je 50 Prozent in Aussicht nehmen müssen. Es ist dabei beabsichtigt, hinsichtlich der Gütertarife eine organische Durchbildung vorzunehmen, wobei eine weitere Staffelung der Tarife zugunsten der für den Bezug ihrer Bedarfsartikel und den Absatz ihrer Erzeugnisse ungünstig gelegenen Gegenden, namentlich Ostpreußen, vorsehen ist.

Die Vorschläge für diese Umbildung der Tarife werden dem vorläufigen Reichseisenbahnrat vorgelegt. Die Vorarbeiten sind so weit gefördert, daß die neu durchgearbeiteten Gütertarife zum 1. Februar 1922 eingeführt werden können. Auch im Personenverkehr wird die Tarifierhöhung vor diesem Zeitpunkt aus technischen Gründen nicht durchführbar werden können. Die Monate Februar und März des laufenden Haushaltsjahres würden durch diese Tarifierhöhung Mehreinnahmen von zwei Milliarden erwarten lassen, so daß noch ein Fehlbetrag von 12,3 Milliarden übrig bliebe. Infolgedessen sieht sich der Reichsverkehrsminister genötigt, für den Güterverkehr bereits vom 1. Dezember 1921 ab den Zuschlag von 50 Prozent durch rein rechnerische Erhöhung der Tarife eintreten zu lassen.

Mieterschutz.

Reform der Mieteinigungsämter.

Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter zugehen lassen.

Der Entwurf bezweckt, den Mietern vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Beendigung des Mietverhältnisses soweit zu schützen, als sich dies unter Berücksichtigung der herrschenden Kaunnot mit berechtigten Interessen des Vermieters vereinigen läßt. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, mit denen bei Fortbestehen der Kaunnot die Erlangung eines anderweitigen Unterkommens verbunden ist, und im Hinblick auf die Höhe der Umzugskosten ist die Möglichkeit einer Aufhebung des Mietverhältnisses auf das Vorliegen weniger eng umschriebener Gründe beschränkt. Zweckmäßigster Vereinfachung des Verfahrens sollen die bisherigen Verfahren über die Genehmigung der Kündigung und über die Genehmigung der Erhebung einer Räumungsklage sowie die gerichtliche Räumungsklage selbst zu einem einheitlichen gerichtlichen Verfahren zusammengeschlossen werden. Außerdem ist ein Schutz des Mieters in der Zwangsvollstreckungsinstanz vorgesehen.

Schließlich bringt der Entwurf eine Reihe von Vorschriften zur Beseitigung von Mängeln und Mißständen, die sich in der Praxis der Mieteinigungsämter gezeigt haben; insbesondere soll gegen deren Sprüche in gewissem Umfang die Beschwerde zugelassen werden.

Zucker- und Kartoffelversorgung.

Die Ernährung der Bevölkerung gesichert.

Im Reichswirtschaftsrat äußerten sich dieser Tage mehrere Sachverständige über die Lage auf dem Zuckermarkt. Aus ihren Darlegungen ergab sich, daß die augenblickliche Knappheit auf dem Markt daher rührt, daß die für den Oktober vorgesehene Zuckerration von den meisten Kommunalverbänden schon im August und September verteilt worden ist, der Zucker aus der neuen Ernte aber nicht sofort auf dem Markt geltefert werden konnte. Die Gründe dafür sind hauptsächlich in Verkehrsschwierigkeiten zu suchen.

Der Ausschuss beschäftigte sich ferner mit der Kartoffelversorgung. Der Vertreter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft führte dazu aus, daß die Ernte nach vorläufigen Schätzungen etwa 27 Millionen Tonnen beträgt. Obwohl dieser Erntertrag hinter dem eines normalen Jahres zurückbleibt, so reicht er doch zur Ernährung der Bevölkerung völlig aus. Die augenblicklichen Schwierigkeiten in der Versorgung sind dadurch verursacht, daß die Ernte in verschiedenen Teilen Deutschlands außerordentlich verschieden ausgefallen ist. So hat Westdeutschland eine teilweise Mähernte, Pommern, Mecklenburg und Ostpreußen können dagegen abgeben. Auch hier spielen die Verkehrsverhältnisse eine Rolle. Die starken Preissteigerungen sind zum großen Teil auf ängstliche Einkaufskäufe der bedürftigen Gebiete zurückzuführen.

Deutscher Reichstag.

(148. Sitzung.)

CB. Berlin, 10. November.

Die heutige Sitzung galt der Beratung von Interpellationen. Eine Interpellation der Demokraten wegen Vaherleichterung im Verkehr mit Deutsch-Ostpreußen wird innerhalb der gesetzlichen Frist beantwortet werden. Dasselbe wird mit einer Interpellation der Unabhängigen wegen des Schutzes der freien Entwicklung der Kunst geschehen.

Die Bedrohung der „Deutschen Werte“.

Mißmann begründete der Wg. Hoch (Soz.) eine Interpellation seiner Fraktion wegen der durch die Entente bedrohten